

STROMDEBATTE

Gemeinden praktisch machtlos gegen Windräder – ehemaliger Chefbeamter zerplückt Sommarugas Energie-Pläne

Bundesrätin Simonetta Sommaruga will die Bauverfahren für bedeutende Energie-Anlagen beschleunigen. Das Konzept sei unausgegoren, sagt der ehemalige Leiter des Rechtsdiensts im Bundesamt für Energie.

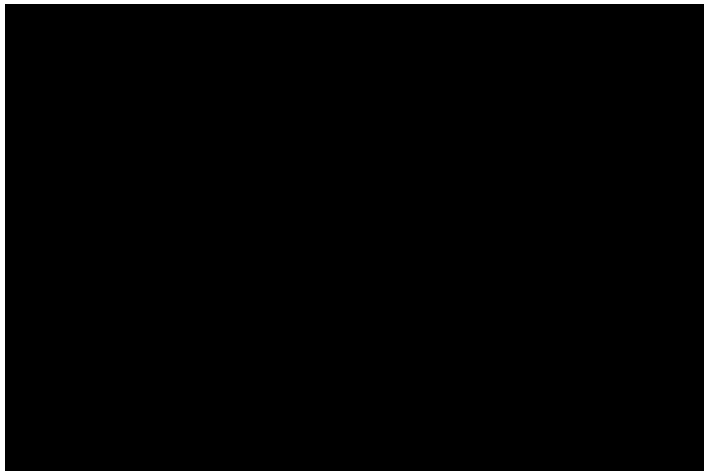
Benjamin Rosch

21.04.2022, 05.00 Uhr

3 Kommentare

Merken Drucken Teilen

Exklusiv für Abonnenten



Vieles ist in Bewegung im Bereich Energie - doch noch dreht sich die Diskussion in der Schweiz oft im Kreis.

Dominik Wunderli
(andermatt, 22.07.21)

Die Energiewende ist eine Reise mit vielen kleinen Etappen. Landauf landab schrauben derzeit Privathaushalte eine Solaranlage aufs Dach und ersetzen ihre Ölheizung durch eine Wärmepumpe. Das hilft, doch bis 2050 schafft es die Schweiz damit nicht in die angepeilten Klimaziele. Dafür braucht es grosse Energie-Anlagen, und zwar möglichst schnell; für diese bereitet Energieministerin Simonetta Sommaruga im Moment den Boden vor. Aktuell läuft eine Vernehmlassung zu einem beschleunigten Bauverfahren für Kraftwerke, welche die Schweizer Versorgung sicherstellen sollen. Sommaruga verspricht sich davon eine Abkürzung. Doch Kritiker warnen: Das ist ein Irrweg und der Preis dafür hoch.

Martin Föhse ist führender Experte für Energierecht in der Schweiz. Als ehemaliger Rechtsdienstleiter im Bundesamt für Energie hatte er die juristische Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes zu verantworten, inzwischen arbeitet er als Anwalt. Mit ruhiger Stimme zerplückt er die Pläne seines ehemaligen Arbeitgebers. Nach rund zwanzig Minuten lautet sein Fazit: «Dieses Konzept wirkt unausgegoren. Im schlimmsten Fall bewirkt es das Gegenteil des Angestrebten.»

Gemeinden verlören ihre Autonomie

Drei wesentliche Kritikpunkte führt Föhse an. Der erste ist politisch: Mit dem neuen Bewilligungsverfahren werde das Partizipationsrecht der Gemeinden beschnitten. Bedeutende Energieanlagen sollen künftig nämlich auf Kantonsebene bewilligt werden. «Damit entfallen Richtplan-Diskussionen auf

Gemeinde-Ebene, die manchmal auch in Abstimmungen münden können, um die Bevölkerung konkret zu fragen: Wollt ihr diesen Windpark oder nicht?», sagt Föhse. Für ihn besonders störend: In der Medienmitteilung des Bundesrats ist davon nichts zu lesen. «Das ist intransparent.» Erst in den Erläuterungen wird der Bund deutlich. Dort heisst es klipp und klar, die Gemeinden hätten bei diesen Projekten «keine Autonomie mehr». Sie sollen aber in das Verfahren einbezogen werden und könnten schliesslich die Richtplananordnungen anfechten.

AUCH INTERESSANT



SVP-Nationalrat Grütter setzt sich für die Widerspruchslösung ein

20.04.2022



On-Manager: Ihre Millionen-Löhne im Vergleich mit Nike und Co.

20.04.2022

Das führt Föhse zum zweiten Punkt: Eine Beschleunigung sei gerade damit nicht zu erwarten. Zwar flössen die verschiedenen Bereiche des Umweltrechts zu einem Verfahren zusammen – Gewässer- und Bodenschutz-Belange werden dann zusammen statt nacheinander verhandelt – «aber materiell ändert sich am Umweltschutzrecht gar nichts. Das macht es umso komplexer», sagt Föhse. Wie dieses greifen kann, zeigt ein aktueller Fall aus dem Wallis: Gerichte stoppten unlängst ein Kraftwerk-Projekt, weil es den Lebensraum der Steinmücke gefährde. Das sei eigentlich gut, sagt Föhse, «denn je eher ein Gericht entscheidet, desto früher herrscht Planungssicherheit.» Mit der Verfahrensänderung sei das Gegenteil der Fall: «Am Ende ist man vielleicht um Jahre zurückgeworfen.»

Zuletzt findet Föhse falsch, dass der Bund mit dem Konzept eine neue Kategorie von Energie-Anlagen schafft: jene der bedeutendsten für die Schweizer Landesversorgung. Diese wäre noch eine Stufe höher als die Energie-Anlagen in nationalem Interesse. «Es ist unklar, was dies bringen soll», sagt Föhse, «im Endeffekt kreiert der Bund eine Shortlist mit konkreten Projekten – und benachteiligt andere.»

Föhse ist nicht alleine

Föhse steht mit seiner Kritik nicht alleine da. Zu seinen Unterstützern zählt etwa Meinrad Huser, Dozent für Baurecht an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Derzeit arbeitet er an einer neuen Publikation, Thema: Verfahrensbeschleunigung im Bauwesen. Er sagt: «Die Revision versucht den Spagat zwischen der richtigen Anwendung des materiellen Rechts und der schnellen Entscheidung.» Inhaltlich wolle sie aber den Umweltschutz nicht antasten. Ob das zu einer Beschleunigung führt? Huser zweifelt.

Es ist für Sommaruga ein heikles Unterfangen: Die Energiewende beschleunigen, ohne den Umweltschutz zu schleifen. Die Landesversorgung garantieren, ohne Gemeinden und Kantone abzuhängen. In einem solchen Spannungsfeld ist bei praktisch jedem Schritt Widerstand programmiert.



3 Kommentare

Alex Schneider vor etwa 6 Stunden

8 Empfehlungen

Wenn man bedenkt, wie lächerlich klein dieser Beitrag der Windenergie heute ist, dann muss sich auch Sommaruga in stillen Stunden fragen: Lohnt sich der Krieg gegen die eigenen Leute? Gegen die Natur?